

Wie in der «Vanity Fair» vom 20. März 2026 zu lesen war, lancieren Kathryn und James Murdoch mit der MCH Group ab 2028, gemäss der BZ Basel bereits ab 2027, ein neues Ideenfestival in Basel. Laut dem Artikel in der Vanity Fair soll das Format, das den Namen «Basel Project» trägt und im Artikel als «Futuristic Institute» bezeichnet wird, Elemente der Biennale Venedig, der St. Louis Weltmesse, des Burning Man Festivals und der TED Talks verbinden.

Am neuen Format sollen sich Führungskräfte aus der Kultur, der Tech-Branche, der Wirtschaft und der Politik austauschen und in Basel über die Möglichkeiten ihrer Zusammenarbeit beraten. Dieser interdisziplinäre Ansatz kann für den Kanton gesellschaftlich und ökonomisch eine Chance sein. Von Seiten der MCH Group ist es ein deutliches Statement zu Basel und zur nachhaltigen Planung in die Zukunft, was erfreulich ist. Allerdings birgt der Plan auch gewisse Risiken für den Kanton und seine Bevölkerung; sei dies in Bezug auf Sicherheitsvorkehrungen und Belastungen der Infrastruktur, auf steigende Wohnkosten und mögliche Verdrängung, die allgemeine Lebensqualität während des Anlasses sowie ökologische Effekte bspw. aufgrund von vielen Teilnehmenden, die mit dem Flugzeug anreisen. Es ist deshalb wichtig, dass der Regierungsrat Einfluss nimmt und eine sozial, ökonomisch und ökologisch verträgliche Entwicklung begünstigt.

Inwieweit der Kanton Basel-Stadt und die Region in die Planung und Umsetzung des «Basel Project» involviert sind, wird nicht erwähnt. Zum heutigen Zeitpunkt sind die Informationen noch vage. Aus diesem Grund bittet die Interpellantin die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Regierung über die Pläne zum neuen Eventformat «Basel Project» informiert und in welcher Weise ist sie involviert?
2. Was für Chancen für Basel und die Gesellschaft sieht der Regierungsrat in einem solchen Anlass?
3. Was für eine Wirkung hat es für die lokale Wirtschaft, die Hotels und die Restaurants?
4. Hat der Kanton ein Mitspracherecht bei der Konzeption und Strategie des Vorhabens?
5. Wer trägt die durch den Anlass entstehenden Kosten (Sicherheit, bauliche Massnahmen, Infrastruktur, etc.) und zu welchen Teilen?
6. Wie sieht der Regierungsrat die Belastung der Sicherheitsorgane, namentlich der Kantonspolizei, für einen solchen Anlass?
7. Wie kann sichergestellt werden, dass mit dem geplanten Projekt nicht ein Netzwerktreffen für vermögende und mächtige Personen geschaffen wird, das für Bevölkerung, Klima und Kanton negative Auswirkungen hat, sondern dass damit auch ein nachhaltiger sozialer und ökologischer Nutzen entsteht?
8. Inwiefern steht die Idee des Anlasses im Zusammenhang mit dem Ratschlag «Gaststaatspolitik des Bundes» und möglicher Side-Events, welcher momentan bei der WAK in Beratung ist?
9. Wie wird die Basler Bevölkerung involviert sein in Bezug auf Teilhabe, aber auch auf Einschränkungen?
10. Wann informiert die MCH Group über die Details?

Michela Seggiani